

einer Mitteilung der Postzeitung fieseln plötzlich Schiffe aus den Reihen der Kommunisten, durch die ein Postzeitungsbeamter verletzt wurde. Darauf machten auch die Beamten von ihrer Schutzwaffe Gebrauch. Hierbei soll eine größere Anzahl von Kundgebern — man spricht von etwa 15 Personen — schwer verletzt worden sein.

Er war ein echter Seeheld

Der Chef der Marineleitung, Admiral Dr. h. c. Raeder, veröffentlicht zum Tode Admirals a. D. von Hipper einen Nachruf, in dem es heißt: „Im Weltkriege hat Ritter von Hipper als Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte auf der Doggerbank und in zahlreichen Vorfällen in die feindlichen Gewässer die Waffe erfolgreich zum Ansatz gebracht, zu deren wagemutiger Führung er wie kaum ein anderer vorausbestimmt war. Als Führer der Schlachtkreuzer und leichten Streitkräfte auf sich selbst gestellt, ersocht er in der die Schlachtkreuzer einleitenden Kreuzerfahrt am 31. Mai 1916 über den weit überlegenen Gegner einen Sieg, wie er wohl einzig in der Geschichte besteht. In der Reichsmarine wird er als leuchtendes Vorbild weiterleben.“

Moratorium!

Der Anfang vom Ende in Oesterreich?

Nun hat sich also nach jahrelangem Geschwäg das eberne Gesetz des Wirtschaftsgeschehens durchgesetzt, daß nämlich kein Organismus gesund und lebensfähig bleiben kann, wenn ihm ständig Blut abgezapft und kein neues Blut zugeführt wird. Oesterreich stellt den Zinsdienst ein, Oesterreich erklärt sich damit

unfähig, den unter dem Zwang der Not übernommenen Verpflichtungen gerecht zu werden.

Soll man das harte und scheinbar hoffnungslose Wort „Bankrott“ vermeiden? Man soll es nicht, denn man soll jetzt zum mindesten keine Illusion mehr pflegen und sich durch das Schlagwort „Transferrmoratorium“ nicht über die wirkliche Lage hinwegtäuschen lassen. Wenn auch Oesterreich vorerst noch keine Verbindlichkeiten in inländischer Währung, d. h. also in Schilling, deponieren sollte, so bedeutet auch dies praktisch schon eine Art von Moratorium, weil seit mehr als einem Jahr der Wert des Schilling eine nur noch innerhalb der österreichischen Landesgrenzen aufrechtzuerhaltende Fiktion bewahrt.

Man soll und darf die tatsächliche Bedeutung der Vorgänge nicht verschleiern, denn man darf sich nicht länger über die Weltlage täuschen. Moratorium heißt zwar noch nicht Bankrott, allein

es ist die letzte Schutzmaßnahme vor dem Bankrott und eigentlich nur im internationalen Zahlungsverkehr zwischen Schuldnern und Gläubigern ein Ersatz für das, was man beim privaten Zahlungsverkehr einen außergerichtlichen gütlichen Ausgleichsvertrag nennt.

Der Bankrott steht also vor der Tür. Dafür zeugt auch die Geschichte früherer Moratorien, die bis tief ins Mittelalter zurückgeht. Als „Ultima ratio“ der Wirtschaft erscheinen Moratorien erst im 19. Jahrhundert, nachdem allerdings schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts im Gebiet des Heiligen römischen Reiches deutscher Nation die Reichspolizeiordnung das ausschließliche Recht zur Erteilung von Moratorien den Landesherren übertragen hatte.

Moratorien sind Zusammenbruchssymptome;

das Symptom muß nicht unbedingt den Eintritt des Ereignisses, das es ankündigt, nach sich ziehen.

So erwies sich die Vorsichtsmaßnahme des Moratoriums, das am 5. August 1914 in England und einen Tag vorher in Frankreich erlassen wurde, als erfolgreiche Vorsichtsmaßnahme. Auch einige neutrale Staaten hielten damals ein Moratorium für notwendig, während Deutschland 1914 auf den Erlaß eines Moratoriums verzichtete und außer den Zahlungsverboten an das feindliche Ausland nur gewisse Erleichterungen für Kriegsteilnehmer und die bedrohten Grenzgebiete eintraten ließ. In der Nachkriegszeit haben eine ganze Anzahl der neuen Staaten, die Tschechoslowakei 1919, Polen 1920 und 1927, Südschweden 1921 Moratorien verhängen müssen. Endlich dürfen in der Geschichte der Moratorien die Erdbeben-Moratorien Japans (1927) und Bulgariens (1928) nicht fehlen.

Trotzdem sind Moratorien Zusammenbruchssymptome und sind es heute, in einer ohnedies schon als wirtschaftliches Chaos sich darstellenden Welt, in doppelt bedrohlichem Sinne. Während die große Mehrzahl der eben genannten Moratorien erlassen wurde, um die fraglichen Länder vor gefährlichen Blutungen zu schützen, sind die Staaten, über denen heute das Damoklesschwert der Zahlungsunfähigkeit hängt — neben Oesterreich auch Ungarn, Bulgarien und Griechenland — schon beinahe bis zum Hals im Blut ertrunken. Darum

wäre es verhängnisvoll, jetzt noch Vogel-Strauß-Politik treiben zu wollen.

und wenn der Londoner „Daily Herald“, der — den tatsächlichen Ereignissen ein wenig voraussehend — zuerst von der Einstellung des Zinsdienstes durch die österreichische Regierung als von einer Tatsache sprach, dieser Meldung einen Leitartikel mit der Überschrift: „Wird Deutschland folgen?“ anfügt, so soll man diese düstere Frage nicht mit einer Handbewegung als „Defatismus“ abtun, sondern sie unterstreichen als ein weiteres Symptom dafür, wohn Unverstand und böser Wille Europa und die Welt gebracht haben.

Unverstand und — und! böser Wille! Denn kann es nur Unverstand und Kurzsichtigkeit sein, wenn ein volles Jahr, nachdem der österreichische Staat in seinen wirtschaftlichen Grundfesten durch den Zusammenbruch der Kreditanstalt erschüttert wurde, der Völkerverbund, d. h. also der wirtschaftliche Treuhänder dieses unglücklichen Staates erst dazu kommt, den Ausschuß zur Untersuchung der Wirtschaft und Finanzlage der Donauländer zu bilden?!

Landtagstritt an den Regiebetrieben

Eine Mehrheit für Abbau

In der Landtagssitzung am Donnerstag stand zunächst eine deutschnationale Anfrage über die Nichtdurchführung des Landtagsbeschlusses auf Unterbindung der Regietätigkeit der Gemeinden zur Beratung. Als Abg. Dr. Weber (Dnat.) das Podium betrat, um die Anfrage zu begründen, rief ihm Abg. Entlerlein (Wirtschp.) zu: „Herr Weber, im Kriege wurden Verräter erschossen!“ Abg. Entlerlein wurde wegen dieses Zurufes zur Ordnung gerufen. Dr. Weber wies den Zuruf zurück und erklärte, Abg. Entlerlein benutze seine Immunität dauernd dazu, ihm, Dr. Weber, gegenüber beleidigende Äußerungen zu tun. Abg. Entlerlein wogte es aber nicht, sich zu stellen, wenn er gerichtlich belangt werden solle. — Abg. Dr. Weber führte in Begründung der Anfrage aus,

daß durch die Nichtdurchführung des seinerzeitigen Landtagsbeschlusses dem gewerkschaftlichen Mittelstand der ihm in der Reichsverschuldung gewährte Schutz vorenthalten werde.

Innenminister Richter erklärte hierzu, daß der in Frage kommende Landtagsbeschluss, insofern er Abbau aller Regiebetriebe fordere, aus rechtlichen Gründen nur soweit durchführbar sei, als er sich auf die Vorschriften der Verordnung des Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 und auf die schärfste Sparverordnung stützen könne. Die Regierung habe dafür gesorgt, daß geteilt, was rechtlich möglich sei und was im Interesse einer gesunden Finanzpolitik der Gemeinden geboten erscheine.

Mit der Anfrage wurde in der Beratung ein sozialdemokratischer Antrag verbunden, der sich gegen einen planmäßigen Abbau der Regiebetriebe der Gemeinden wendet. Der Antrag wurde durch den Abg. Ullig (Soz.) begründet.

Abg. Gubn (DWP.) gab zu, daß manche Regiebetriebe erfolgreich gearbeitet hätten; aber

weitaus die meisten seien Zuschußbetriebe. Diese müßten unbedingt abgebaut werden.

Die schädlichen nur dem gewerblichen Mittelstande und bräuteten nichts ein.

Abg. Kiehl (Wirtschp.) stellte sich namens seiner Partei hinter die deutschnationale Anfrage, lehnte aber den sozialdemokratischen Antrag ab. Seine Partei sei von jeher grundsätzlich gegen eine Regietätigkeit der Gemeinden.

Abg. Kaiser (Dnat.) meinte, daß die Erklärung des Innenministers nicht befriedige. Bei gutem Willen ließe sich schon noch etwas mehr tun.

Abg. Dr. Kaiser (Staatsp.) bedauerte, daß es seit dem Kriege überhaupt keine freie Wirtschaft mehr gegeben habe, wandte sich gegen die Regiebetriebe und nannte sie

eine Einmischung des Staates in die Wirtschaft.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Raumann (Radsoz.) und Gubn (DWP.) ging dem Hause ein nationalsozialistischer Antrag zu, der von der Regierung Aufklärung darüber verlangte, wieviel Arbeiter die Schloßwerkstätten in Golditz, über die zwischen den Abg. Dr. Weber und Gubn eine beständige Kontroverse entstanden war, beschäftigt, unter welchen Bedingungen sie arbeiteten, ob und inwieweit diesen Werkstätten die Beteiligung an öffentlichen Ausschreibungen unterlag sei.

Der gute Wille ist da!

Der deutsche Botschafter von Prittwitz unterzeichnete in Schanghai in Washington die Schuldsscheine für die durch das Moratoriumsjahr gestundeten Beträge in Höhe von sechs Millionen Dollar. Die Schuld sind innerhalb von zehn Jahren zurückzahlen. Finnland und Griechenland haben gleichfalls schon unterschrieben. Die übrigen Länder dürften in der nächsten Woche folgen.

Wieder mal eine „Sambverhändigen“-Konferenz

Das Pariser auswärtige Amt veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: „Im Anschluß an die in der vorigen Woche in Genf gefassten Beschlüsse wird in Paris voraussichtlich zu Beginn der nächsten Woche ein aus internationalen

Oesterreich ist im Begriff und willens, sich selbst zu helfen.

Das läßt die Zusammensetzung des neuen Kabinetts mit der großen Zahl grundsätzlich autarkischer eingestellter Kabinettsmitglieder, einschließlich des Kanzlers, deutlich erkennen. Aber kann es sich auf diesem Wege wirklich helfen? Es kann sich höchstens zu einer kümmerlich vegetierenden Existenz verhelfen und

wird damit ein neues Hindernis zum organisch gesunden Wiederaufbau Europas, der sich nur auf sinnvollen und zweckmäßigen Austausch der Produktionsgüter der einzelnen Länder untereinander stützen kann.

Dem neugebildeten Völkerverbundsausschuss bleibe also immerhin noch einiges zu tun übrig, obwohl es fraglich erscheinen muß, daß ein Jahr zu spät ist Ratgeber und Sachmänner das korrigieren können, was anderthalb Jahrzehnte verdorben haben.

In der Abstimmung wurde dieser Antrag angenommen, dagegen der sozialdemokratische sowie der abgeänderte deutschnationale Antrag abgelehnt.

Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen

Auf einen sozialdemokratischen Antrag gegen die zum Zwecke des Lohnabbaus erfolgten Kündigungen von Fortarbeitern erklärte ein Regierungsvertreter, der Lohnabbau

habe erfolgen müssen, um die tatsächliche Staatsfortverwaltung gegenüber der anderer deutscher Länder wettbewerbsfähig zu erhalten.

Hierauf erklärte Abg. Müller (Soz.) Bericht über das Votum des Haushaltsausschusses A zu dem Antrag über die Reform der Sozialversicherung. Der Ausschuss verlangt Anweisung an die Staatsanwälte, mit Rücksicht auf den Umfang der Beitragshinterziehungen in der Sozialversicherung und die daraus für die Allgemeinheit erwachsenden Schäden gegen die großfabriklige oder böswillige Beitragshinterziehung mit aller Schärfe vorzugehen. Weiter

wird verlangt, auf die Landwirtschafts-, Handels- und Gewerbetreibenden in der Richtung einzuwirken, daß sie die Arbeitgeber über die Beitragspflichten aus der Sozialversicherung aufklären und auf die schweren Folgen der Hinterziehung hinweisen.

Ein Minderheitsantrag der Staatspartei hierzu verlangt, daß eine in dieser Richtung bereits ergangene Verfügung der Regierung für erledigt erklärt wird, wonach bei böswilliger oder großfabrikliger Beitragshinterziehung strengstens vorgegangen werden soll.

Der staatsparteiliche Minderheitsantrag fand Annahme, womit der erste Teil des Ausschussantrags erledigt ist. Der zweite Teil des Ausschussantrags nebst einem deutschnationalen Zusatzantrag wurde ebenfalls angenommen.

Wünsche an die Reichsbahn

Auf eine deutschnationale Anfrage wegen der Gewährung von Fahrgeleidermäßigung bei Urlaubsfreien antwortete ein Regierungsvertreter u. a., daß nach Lage der Dinge

mit einer Milderung der jetzt geltenden Regelung durch die Reichsbahn nicht mehr zu rechnen sei.

Man müsse abwarten, wie sich die in diesem Jahr nur versuchsweise erfolgte Einführung der Sommerurlaubskarten bewähren werde, und erst dann etwaige Abänderungswünsche vorbringen.

Ein hierzu vorliegender volksparteilicher Antrag, begründet durch den Abg. Diekmann, verlangt die grundsätzliche Befreiung der vorgesehenen Kilometergrenze und darüber hinaus Bewilligung von Bergleistungen schon bei Reisen von mehr als fünfjähriger Dauer.

Der Antrag fand Annahme ebenso ein sozialdemokratischer Abänderungsantrag, der die Dauer der Bergleistungsgewährung von fünf auf drei Tage herabsetzen will.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Dienstag, den 31. Mai.

len Finanzsachverständigen zusammengesetzter Ausschuss zusammenzutreten. Dieser Ausschuss der sich mit der finanziellen und wirtschaftlichen Lage Mitteleuropas befassen soll, wird von Vertretern Frankreichs, Englands, Deutschlands, Italiens, Belgiens, Hollands und der Schweiz sowie den Mitgliedern des Finanzausschusses des Völkerverbundes gebildet werden.“

Das nennt man unterfrozen!

Warschau, 27. Mai. (Radio.) Die Vereinigung der Hochhäuser aus den an Ostpreußen grenzenden Bezirken veranstaltete in Warschau einen Ostpreußenabend, auf dem u. a. der frühere polnische Generalkonsul Srokowski einen bemerkenswerten Vortrag über Ostpreußen hielt. Noch im Jahre 1919 habe nach seiner Meinung die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Ostpreußen und Polen bestanden, was jedoch durch Deutschland vereitelt worden sei, da

das Reich sich sehr rasch von der Niederlage zu erholen und gleichermaßen an die Revision der Grenzen zu denken begonnen habe. Seit dieser Zeit seit Ostpreußen Gegenstand besonderer Fürsorge des Reiches geworden, wobei es vor allen Dingen darum gehe, Ostpreußen auch unter großen Opfern bei Deutschland zu erhalten und nachzuweisen, daß das polnische Vommerehlen zu Deutschland gehöre. Darum lasse sich das Reich Ostpreußen auch heute noch viel leisten, obgleich dieses Land ohne natürliches polnisches Hinterland wirtschaftlich nicht selbstständig bestehen könne und aus drei verschiedenen (?) Gebieten zusammengeheft sei.

Aufgabe der polnischen Diplomatie sei, der Welt klar zu machen, daß Ostpreußen ebenso wie Lettland, Litauen und Finnland befreit (?) werden müsse.

Die polnische Öffentlichkeit und die polnischen Organisationen müßten systematisch daran arbeiten, um die rückständige und vernachlässigte Masse der masurenischen Bevölkerung für Polen (i) zu gewinnen. Der Vortragende machte schließlich der polnischen Öffentlichkeit bittere Vorwürfe, daß sie in dieser Hinsicht viel zu nachlässig habe, wobei er besonders darauf hinwies, daß heute in Allenstein noch kein Gymnasium errichtet worden sei.

Unruhen im „Korridor“

In den letzten Tagen sind aus Nordpommern Meldungen eingetroffen, die für die zweifelhafte Stimmung bezeichnend sind, die sich eines großen Teiles der Bevölkerung in Polen bemächtigt hat. So wird aus Kartaus, Neustadt und Obingen berichtet, daß es dort zu schweren Unruhen gekommen ist, bei denen pommerellische Arbeiter, die bei der Verteilung von Arbeitslosenunterstützungsgeldern augensten Kongreßpolenischer und gallischer in Schützenverbänden organisierter Arbeiter benachteiligt wurden, gegen diese mit großer Erbitterung vorgegangen sein sollen. Es sollen bei diesen Zusammenstößen in Neustadt acht und in Obingen dreizehn Todesopfer zu verzeichnen sein. Die Marine in Obingen und das in Neustadt stationierte Militär sollen sich geweigert haben, gegen die pommerellischen Arbeiter vorzugehen.

Er wird nicht vermisst werden

Der Präsident des litauischen Direktoriums Simaitis hat an den neuen Gouverneur Gylis ein Schreiben gerichtet, in dem er den Rücktritt seines Direktoriums im Hinblick auf die Neuwahlen mittelst. Gylis hat den Rücktritt genehmigt und Simaitis gebeten, die Geschäfte bis zur Neubildung des Direktoriums weiterzuführen.

Fernerhin hat Gylis den neuen Landtag für den 4. Juni einberufen.

Beschäftigungssteuer auch in Oesterreich

Wie in Deutschland, wird auch in Oesterreich eine Beschäftigtensteuer eingeführt werden. Diese neue steuerliche Maßnahme der österreichischen Regierung trifft die beteiligten Kreise um so empfindlicher, als in Oesterreich bereits eine Kräftesteuer und eine Vermögenssteuer als sogenannte Notsteuern bestehen. Auch in Oesterreich ist die Beschäftigtensteuer infolge des Fehlbeitrags der Sozialversicherung notwendig geworden, der mit mehr als 80 Millionen Schilling veranschlagt wird. Das Gesamtdefizit des österreichischen Haushalts liegt überhaupt erheblich höher, als man bisher annahm. Insbesondere sind erhebliche Rückgänge der Einnahmen aus Post und Telephon festzustellen. Die Bundesbahnen erfordern außerdem einen Zuschuß von rund 100 Millionen Schilling.

Den Flamen wird Entgegenkommen zugesagt

Das neue belgische Kabinett hat sich dem Parlament vorgestellt. Die Regierungserklärung besagt, daß das Kabinett die Politik der Verbindung und finanziellen Gesundung fortsetzen werde. Die Sprachenfrage müsse endgültig geregelt werden. Zu diesem Zwecke werde die Regierung dem Parlament neue Vorschläge unterbreiten, die die Lösung des Problems durch einen einseitigen Beschluß der Volksvertretung ermöglichen wird. Bezüglich der Außenpolitik wird erklärt, daß die Vertreter Belgiens in Lausanne alles unternehmen werden, um Belgien „die ihm zukommenden Kompensationen“ zu sichern, und daß sie mit aller Kraft auf eine wirtschaftliche Verständigung unter den Völkern hinarbeiten werden.

Das verheißt nichts Gutes!

Das neue japanische Kabinett trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Ministerpräsident Satto erklärte Bericht über die außenpolitische Lage. Er betonte die Notwendigkeit eines weiteren Vorgehens Japans in der Mandchurien zum Schutze seiner Interessen.

Wetterberichterstattung

Zeitweise auffrühende Winde uns wolkigen Richtungen. Bewölkung ziemlich wechselhaft. Temperaturverhältnisse nicht betrübend geändert. Vorübergehend leichte Niederschläge. Gewitterneigung.